

Verfassung und Gemeinwohl

Der Begriff ‚Gemeinwohl‘ in der Bayerischen Verfassung

Bayerische Verfassung

Artikel 3(1)

Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl.

Artikel 103 (2)

Eigentumsordnung und Eigentumsgebrauch haben auch dem Gemeinwohl zu dienen.

Artikel 151 (1) +(2)

Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Menschen.

(2)... Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen Forderungen des Gemeinwohls. Gemeinschaftliche und unsittliche Rechtsgeschäfte, insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge sind rechtswidrig und nichtig.

Artikel 158

Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. ...

Artikel 160 (2)

Für die Allgemeinheit lebenswichtige Produktionsmittel, Großbanken und Versicherungsunternehmen können in Gemeineigentum übergeführt werden, wenn die Rücksicht auf die Gesamtheit es erfordert. Die Überführung erfolgt auf gesetzlicher Grundlage und gegen angemessene Entschädigung.

Verfassung und Gemeinwohl

Der Begriff ‚Gemeinwohl‘ im Grundgesetz

Grundgesetz

Artikel 14, 2

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Verfassung und Gemeinwohl

Der Begriff ‚Gemeinwohl‘ und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

„Der etwas antiquiert scheinende Begriff der ‚Brüderlichkeit‘ kann heute bewusst geschlechterinkludierend verstanden und – wie mittlerweile weit verbreitet – durch den Begriff ‚Solidarität‘ gelesen werden.“ Grundkurs Menschenrechte, S.49, Bay.Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Artikel 22

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 29

Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.

Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Verfassung und Gemeinwohl

Der Begriff ‚Gemeinwohl‘ in den Gesetzestexten

Zusammenfassung Bayerische Verfassung und Grundgesetz

Wichtige Begriffe in Zusammenhang mit den Artikeln zum ‚Gemeinwohl‘

- Bayern dient als Staat dem Gemeinwohl
- Eigentum dient
- Wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl
- Eigentum verpflichtet gegenüber der Allgemeinheit
- Gebrauch von Eigentum dient *auch* dem Wohle der Allgemeinheit

Verfassung und Gemeinwohl

Aktuell vorhandene Auswirkungen auf den staatlich, rechtlichen Rahmen

Grundgesetz

Allgemein

„Die Demokratie des Grundgesetzes geht nicht davon aus, dass das Gemeinwohl offen zu Tage liegt und von Parlament und Regierung einfach nur aufgegriffen werden muss. Vielmehr kommt es erst als Ergebnis eines komplizierten Prozesses von Einflussnahmen, Verhandlungen und Kompromissfindungen zustande. An diesem Prozess haben die Interessenverbände einen nicht unerheblichen Anteil. Die Nutzenkalküle der verschiedenen Verbände müssen sich folglich nicht gegenseitig zu einem Gemeinwohl ausbalancieren.“

Konzepte des Grundgesetzes, bpb 2013, S.85

Wo wirkt bereits die Verpflichtung zum Gemeinwohl

Sozialstaatsprinzip

(Das Bundesverfassungsgericht) führt aus, dass das Sozialstaatsprinzip zwar eine Pflicht des Staates begründe, für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen, wie diese „gerechte“ Ordnung jedoch im Einzelnen auszusehen habe, lässt das Gericht mit Verweis auf das Prinzip der Demokratie offen.

ebd, S.96

Recht auf Informationelle Selbstbestimmung

„Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnet, dass etwas die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und dass ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner Grundrechte (Art 8, 9 GG) verzichten. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen Gemeinwesens ist.“

ebd. S.136

Verfassung und Gemeinwohl

„Gemeinwohl“: Versuch einer Ausweitung des Begriffes

- **Abhängig von der Auslegung durch die Legislative / Regierung**
- **Gemeinwohl umfasst mehr als das *Sozialstaatsprinzip* und das *Recht auf informationelle Selbstbestimmung***
 - Erhalt der Lebensgrundlagen für die heutige und künftige Generationen
 - Nachhaltigkeit
 - Ökologie
 - Zukunftsfähigkeit
 - Abkehr fortwährender Ausbeutung der Natur
 - Chancengleichheit in Bildung
 - Recht auf die Möglichkeit sich aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen
 - Möglichkeit sich kulturell fortzubilden
 - Körperliche Unversehrtheit
 - Demokratische Mitwirkung des Einzelnen auf allen Ebenen
 - ...

Verfassung und Gemeinwohl

Warum werden ‚Gemeinwohl‘-Artikel nicht umfassender umgesetzt?

Thesen:

- Gemeinwohl als maßgebliche Verpflichtung muss erst noch als zentrale Aufgabe des Parlamentes bewusst angegangen werden
- Verflechtung von Parteien und Industrie ist hierfür zu stark ausgeprägt
- Lobbyarbeit von Interessenverbänden
- Einflussnahme von Oligarchen(=Milliardären) auf die Politik durch Drohung von Abzug von ‚Investitionen‘ aus Deutschland
- damit besteht Gefahr für die (Macht-)Politiker ihren gewonnenen Einfluss zu verlieren

Zusammenfassung

Die aktuelle Verfasstheit der Republik verhindert die notwendige Umsetzung der Verfassung der Republik

Verfassung und Gemeinwohl

Stellungnahmen der Parteien zu Gemeinwohl

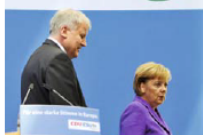


Foto: © pa/Hannibal Hanschke

„Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie bringt unserem Land Wohlstand und soziale Sicherheit. Denn sie baut auf zwei Säulen auf: auf tüchtigen, verantwortungsvollen Bürgern und auf einem verlässlichen Staat. Soziale Marktwirtschaft bevormundet die Bürger nicht, sondern traut ihnen etwas zu. Und sie setzt auf einen Staat, der auch morgen noch in der Lage ist, seine Rolle als Hüter der Ordnung zu erfüllen. So verbindet Soziale Marktwirtschaft in einzigartiger Weise die Vorteile einer Marktwirtschaft mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Verantwortung. Sie ist daher die beste Wirtschaftsordnung für freie Menschen und eine solidarische Gesellschaft.“

CDU/CSU: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013–2017, Berlin, S. 11



Foto: © pa/Wolfgang Kumm

Deutschland ist ein starkes Land. Wir können und wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland soll aber auch ein Land sein, in dem alle am Erfolg teilhaben. Die Politik muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und nicht wirtschaftlichen Einzelinteressen. Die stärkste Lobby in Deutschland müssen endlich wieder die Bürgerinnen und Bürger sein.

Partei vorstand SPD (Hrsg.) (2013): Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013–2017, Berlin, S. 6.



Foto: © pa/Maurizio Gambarini

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir geben aber auch klar Auskunft, wie wir die Mittel einsetzen wollen, um zu guten öffentlichen Institutionen zu kommen, von denen alle profitieren. Wir arbeiten so an einer sozialen und ökologischen Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir schaffen endlich klare Regeln für die Finanzmärkte. Gute Arbeit, gute Löhne, mehr Mitsprache der Beschäftigten – all das kann und muss zum wirtschaftlichen und sozialen Erfolg beitragen.

Bundesvorstand Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Hrsg.): Zeit für den grünen Wandel. Teilhabe. Einmischen. Zukunft schaffen. Antrag für das Bundestagswahlprogramm 2013, Berlin, S. 5/6



Foto: © pa/Annegret Hilse

Chancen schaffen wir, indem wir die Sozialsysteme weiter verlässlich machen und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen anpassen. Wir wollen die Kosten im Griff behalten und damit die Voraussetzung schaffen, dass auch in Zukunft jedem geholfen werden kann, der diese Hilfe benötigt. [...] Wir haben konsequent alle Versuche abgewehrt, die Sozialsysteme zu einem politischen Umverteilungsinstrument zu machen.

Freie Demokratische Partei (Hrsg.): Bürgerprogramm 2013. Damit Deutschland stark bleibt, Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013, Berlin, S. 33



Foto: © pa/Michael Kappeler

Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV. Die soziale Sicherheit schafft das Fundament, damit Menschen in Würde leben können. So kann an ihr abgelesen werden, wie wichtig Gerechtigkeit für eine Gesellschaft ist: Wer arm ist, darf nicht am Rand stehen, Armut und ihre Ursachen zu bekämpfen, gehört ins Zentrum der Politik. Es sollte selbstverständlich sein, dass alle am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Weil die sozialen Sicherungen systematisch geschwächt wurden, sind immer mehr Menschen gezwungen, schlechte Jobs mit schlechten Löhnen anzunehmen: Das sei „zumutbar“ und gehöre zu einer „neuen Freiwilligkeit“. In Wahrheit werden auf diese Weise die strukturellen Probleme der Gesellschaft den einzelnen Menschen aufgebürdet.

Partei vorstand DIE LINKE (Hrsg.) (2013): 100 Prozent sozial. Leitartikel des Parteivorstandes zum Wahlprogramm Bundestagswahl 2013, Berlin, S. 16

Hauptaspekte der Parteien zu Gemeinwohl:

CDU/CSU:	Soziale Marktwirtschaft
SPD:	Teilhabe aller Bürger am Erfolg
Grüne:	Solidarische Gesellschaft
Linke:	Soziale Grundrechte
FDP:	Sozialsystem kein Umverteilungsinstrument

Verfassung und Gemeinwohl

Gemeinwohlmatrix als Richtschnur zukunftsorientierter Politik

WERT				
BERÜHRUNGSGRUPPE	MENSCHENWÜRDIGKEIT	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
A: LIEFERANT*INNEN	A1 Menschenwürde in der Zulieferkette	A2 Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	A3 Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	A4 Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
B: EIGENTÜMER*INNEN & FINANZ-PARTNER*INNEN	B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	B4 Eigentum und Mitentscheidung
C: MITARBEITENDE	C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz	C2 Ausgestaltung der Arbeitsverträge	C3 Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	C4 Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
D: KUND*INNEN & MITUNTERNEHMEN	D1 Ethische Kund*innenbeziehungen	D2 Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen	D3 Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	D4 Kund*innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
E: GESELLSCHAFTLICHES UMFELD	E1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	E2 Beitrag zum Gemeinwesen	E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen	E4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

Verfassung und Gemeinwohl

Gemeinwohlökonomie

- Die Gemeinwohlmatrix ist eine umfassende, übersichtliche und ausgereifte Herangehensweise um das Gemeinwohl im gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Alltag zu etablieren
- Es bedarf aber der Umsetzung durch die Legislative um Anreize für die Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz zu schaffen
- Die politischen Parteien aller Richtungen stehen aber unter dem Einfluss anderer Interessen (*und begehen hierdurch permanent einen Verfassungsbruch im Sinne des GG und Bay. Verfassung?*)
- Eine Umsetzung auf freiwilliger Basis macht sicherlich Spaß, wird aber unter den aktuellen Rahmenbedingungen die entsprechenden Betriebe auf Dauer nur belasten (auch wenn zufriedene Mitarbeiter durchaus für jeden Betrieb sinnvoll sind)
- Der Ansatz des Gemeinwohles dringt langsam auch in den Sprachgebrauch des alltäglichen Lebens ein – wird dort aber durch die übliche Assimilationsfähigkeit der Konsumorientierung absorbiert und irgendwann wirkungslos oder ins Gegenteil verkehrt werden
- Es bedarf (wenn überhaupt eine Chance verbleiben soll) jetzt einer Agenda, die die unumstößlichen Eckpunkte der Gemeinwohlökonomie klar definiert

Verfassung und Gemeinwohl

Gemeinwohl als Richtschnur zukunftsorientierter Politik

Die Gemeinwohlmatrix liefert uns (zunächst bezogen auf die wirtschaftlichen Beziehungen von Unternehmen) die Richtschnur für diese Art von **Wirtschaft**

Kriterien/Werte sind:

- Menschenwürde
- Solidarität und Gerechtigkeit
- Nachhaltigkeit
- Ökologie
- Transparenz und demokratische Mitbestimmung

Im vorhandenen Wirtschaftsmodell der GWÖ wird dies in Bezug gesetzt zu:

- LieferantInnen
- EigentümerInnen / FinanzpartnerInnen
- Mitarbeitenden
- Kunden/Innen
- Gesellschaftliches Umfeld

Verfassung und Gemeinwohl

Gemeinwohl als Richtschnur zukunftsorientierter Politik

Die Gemeinwohlmatrix kann auch Hilfe sein für die Entwicklung einer gemeinwohlorientierten **Politik**

Werte sind:

- Menschenwürde
- Solidarität und Gerechtigkeit
- Ökologische Nachhaltigkeit
- Transparenz und demokratische Mitbestimmung

Im gesellschaftlichen Umfeld sollte dies in Bezug gesetzt werden zu:

- BürgerInnen
- Staatsaufgaben
- Gesellschaftliches Umfeld
- Internationale Beziehungen

Verfassung und Gemeinwohl

Was verstehen wir unter Gemeinwohl?

- **Gemein**
 - Für die Allgemeinheit und somit für jeden Menschen
 - weltweit
 - in Deutschland
 - in Bayern
- **Wohl**
 - Gleichheit
 - Freiheit
 - Geschwisterlichkeit
 - Solidarität
 - Nachhaltigkeit
 - Ökologie

- **Ökonomie**

Wirtschaft oder **Ökonomie** ist die Gesamtheit aller Einrichtungen und Handlungen, die der planvollen Befriedigung der Bedürfnisse dienen. Zu den wirtschaftlichen Einrichtungen gehören Unternehmen, private und öffentliche Haushalte, zu den Handlungen des Wirtschaftens Herstellung, Absatz, Tausch, Konsum, Umlauf, Verteilung und Recycling/Entsorgung von Gütern. Solche Zusammenhänge bestehen zum Beispiel auf welt-, volks-, stadt-, betriebs- und hauswirtschaftlicher Ebene.

Unter Wirtschaften werden alle menschlichen Aktivitäten verstanden, die mit dem Ziel einer bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung planmäßig und effizient über knappe Ressourcen entscheiden. *Die Notwendigkeit zu Wirtschaften ergibt sich aus der Knappheit der Güter einerseits und der Unbegrenztheit der menschlichen Bedürfnisse andererseits.* Grundlegender Untersuchungsgegenstand der Volkswirtschaftslehre ist die Frage was wird wie (Allokation) und für wen (Distribution) produziert? Wikipedia, Ökonomie, 8.10.2017 13:30 Uhr

Verfassung und Gemeinwohl

Was verstehen wir unter Gemeinwohl?

Nachhaltigkeit
Ökologie

Gemeinwohl

Unbegrenztheit
der menschlichen
Bedürfnisse

Ökonomie

Gemeinwohl-
Ökonomie



planmäßig und effizient über knappe Ressourcen entscheiden. Die Notwendigkeit zu wirtschaften ergibt sich aus der Knappheit der Güter einerseits und der *Unbegrenztheit der menschlichen Bedürfnisse* andererseits. Grundlegender Untersuchungsgegenstand der Volkswirtschaftslehre ist die Frage was wird wie (Allokation) und für wen (Distribution) produziert? Wikipedia, Ökonomie, 8.10.2017 13:30 Uhr

der planvollen Befriedigung der Bedürfnisse der Haushalte, zu den Handlungen des Wirtschaftens auf der gesellschaftlichen Ebene.

der bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung der Haushalte, zu den Handlungen des Wirtschaftens auf der gesellschaftlichen Ebene.